

An

die Stadtverordnetenvorsteherin der

Kreisstadt Dietzenbach

06.04.2022

Änderungsantrag zur Beschlussvorlage 19/0216/70 (Smarte City)

Die SVV möge in öffentlicher Sitzung wie folgt beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Teilnahme an dem Pilot- und Demonstrationsprojekt Smart City aufgrund der weder ökologisch noch finanziell vorteilhaften Ergebnisse nicht weiter zu verfolgen und die Bemühungen der Stadt auf das in der Drucksache 19/0209/FDP formulierte Vorgehen zu konzentrieren.

Begründung:

Die im Protokoll zum Bauausschuss vom 30.3.22 nachgelieferten Informationen führen zu einer deutlichen Aussage, sobald man sie mit weiterführenden Argumenten ergänzt:

- Protokoll-Auszug: „Durch den Einsatz neuer Leuchtmittel ergibt sich ein Einsparpotential von rd. 55 T€ (85 %), sodass sich die Kosten für die Straßenbeleuchtung auf 9 T€ reduzieren. Bei einer Investition von 500 T€ und einem 85%igen Einsparpotential haben sich die Investitionen nach 9 Jahren amortisiert.“ Berücksichtigt man nur das von der Stadt zu leistende Invest-Volumen von 233 T€, so ergäbe sich für diesen Projektteil eine sehr vorteilhafte Entscheidungslage.
- Erschreckend ungünstig stellt sich die Situation für den zweiten Teil des Projektes (Sensorik) dar. Die erneut unterstellten 85% Einsparung ergäben nur noch eine weitere Einsparung von max. 8 T€. Das würde bei dem Invest-Volumen von rd. 1,8 Mio. Euro einer unvorstellbaren Amortisationszeit von 225 Jahren entsprechen! Und auch bei Betrachtung des Gesamtprojektes ergibt sich eine nicht akzeptable Amortisationszeit von rd. 37 Jahren.
- Die Aussagen hinsichtlich der ökologischen Effizienz gelten analog, da monetäre und CO₂-Einsparungen über den Stromverbrauch in einem festen Verhältnis zueinanderstehen.

Fazit: Solange auf kommunaler wie auch auf Landesebene über knappe Ressourcen entschieden werden muss und die schnelle Reduzierung von CO₂-Emissionen Priorität hat, sollte man sich entsprechend für wirkungsvolle Alternativen entscheiden.

Das ist auf jeden Fall das von der LandesEnergieAgentur propagierte Vorgehen.

Fraktion FW-UDS

Jens Hinrichsen